Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postscheck-Konto Dresden 2496 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 41 | Dresden, Donnerstag, 18. Februar | 1932

Radolny hat heute der Genfer Abrüstungskonferenz die deutschen Abrüstungsvorschläge unterbreitet.

Genf, 18. Februar.

Die deutsche Regierung hat nach Abschluß der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission den von dieser ausgearbeiteten Konventionsentwurf abgelehnt, aber in Aussicht gestellt, daß sie sich auf der Konferenz mit allen Kräften darum bemühen werde, im Verein mit den anderen Staaten für die Erreichung des Abrüstungszieles den richtigen Weg zu finden. In diesem Sinne hat die deutsche Delegation der Konferenz heute eigene Vorschläge vorgelegt.

Bei der Ausarbeitung der Vorschläge ist die deutsche Delegation davon ausgegangen, daß in Deutschland sowie drei anderen Staaten die Abrüstung bereits seit einer Reihe von Jahren durchgeführt ist, und zwar auf Grund einer Festsetzung derjenigen Mächte, die den Artikel 8 der Völkerbundssatzung verfaßt und die zugleich erklärt haben, daß diese den ersten Schritt zu der in der Satzung vorgesehenen allgemeinen Abrüstung bilden sollte. Sie wird daher von deutscher Seite als richtunggebend für die Abrüstung sämtlicher Völkerbundsmitglieder angesehen, zumal es im Völkerbund nur grundsätzlich gleichberechtigte Mitglieder geben kann, von denen keines diskriminiert werden darf. Die Grundsätze für die allgemeine Herabsetzung und Verminderung der Rüstungen, deren Festsetzung der Konferenz obliegt, können für sämtliche Bundesmitglieder und diejenigen Länder, die sich seiner Abrüstungsaktion anschließen, nur die gleichen sein.

Die Mängel und Lücken des Entwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskommission, die die deutsche Regierung veranlaßt haben, ihn abzulehnen, sind aus den Vorbehalten ersichtlich, die in dem Bericht der Vorbereitenden Kommission Aufnahme gefunden haben.

Die deutschen Vorschläge, die, ohne erschöpfend sein zu wollen, die Auffassung der deutschen Regierung in großen Zügen wiedergeben, zielen demgegenüber darauf ab, eine wirksame, alle Rüstungsfaktoren umfassende Rüstungsverminderung und -begrenzung durchzuführen. Sie enthalten diejenigen fundamentalen Maßnahmen, die vor allem für die Verhinderung eines Angriffes wichtig sind. Die Vorschläge beruhen auf dem Grundsatz, daß künftig nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen kann, das bei Einsetzung möglichst niedriger Rüstungszahlen für alle Staaten eine gerechte und wirksame Lösung des Ablösungsproblems ermöglichen würde. Sie tragen überdies der Notwendigkeit Rechnung, die nationale Sicherheit der Völker, so wie dies in Artikel 3 der Satzung vorgesehen ist, zu berücksichtigen.

Indem die deutsche Delegation diese Vorschläge der Konferenz unterbreitet, legt sie Wert darauf, ihren Standpunkt dahin zusammenzufassen, da die deutsche Regierung nur eine solche Konvention für annehmbar hält, deren Bestimmungen für sie in gleicher Weise gelten wie für die anderen Signatarstaaten.

Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 18. Februar.

In den letzten Tagen hat eine Reihe von Ressortbesprechungen und Ressortberatungen stattgefunden, in denen das Arbeitsprogramm der Reichsregierung durchgesprochen worden ist, daß sich für die nächste Zeit außer auf die Regelung der Bankenfrage auf die Fertigstellung des Reichshaushalts für 1932 sowie auf die Pläne, die mit der Arbeitslosenfrage und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm in Zusammenhang stehen, erstrecken wird. In Verbindung mit dem Etatausgleich ist den Blättern zufolge eine Reihe von Plänen erörtert worden, die das Ziel verfolgen, die Ausgaben für die Arbeitslosen zu rationalisieren und zu vermindern. Die Pläne des Reichskommissars Goerdeler gehen u. a. dahin, durch Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge eine Vereinfachung herbeizuführen, die gleichzeitig auch das Ziel hat, die Finanznot der Gemeinden zu vermindern. Das Reichskabinett wird sich ferner in der nächsten Zeit auch mit den Arbeitsbeschaffungsplänen beschäftigen.

Mißtrauensanträge im Reichstage.

Berlin, 17. Februar.

Zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichstages in der nächsten Woche werden die Nationalsozialisten, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning und einen Antrag auf Auflösung des Reichstages einbringen. Gleichartige Anträge sind von den Deutschnationalen zu erwarten. Die Kommunisten haben bereits am heutigen Mittwoch einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett und einen besonderen gegen Minister Groener eingebracht.

Der Ältestenrat des Reichstages, der für Montag einberufen ist, wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob diese Mißtrauensanträge mit der Beratung über den Termin für die Reichspräsidentenwahl, der vorläufig als einziger Punkt auf der Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung am Dienstag steht, verbunden werden sollen oder ob die Mißtrauensvoten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. In dem letzten Falle würde immerhin die Möglichkeit bestehen, daß eine Mehrheit des Reichstages der Aufsetzung auf die Tagesordnung widerspricht und dadurch eine baldige Entscheidung über die Mißtrauensanträge verhindert. Da jedoch die Regierung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, selbst den Wunsch hat, schon aus außenpolitischen Gründen eine klare Entscheidung herbeizuführen, so rechnet man damit, daß die Beratung über den Vorschlag der Reichsregierung zur Festsetzung des Termins der Präsidentenwahl zu einer großen Aussprache über die gesamte Politik der Reichsregierung in den vergangenen Monaten ausgestaltet wird, an der sich von jeder Fraktion mehrere Redner beteiligen, die also drei bis vier Tage in Anspruch nehmen dürfte. Nach Abschluß dieser Aussprache würde dann nicht nur über den Termin für die Präsidentenwahl, sondern auch über die Mißtrauensanträge und damit über das Schicksal des Kabinetts Brüning entschieden werden. In diesem Sinne dürfte sich der Ältestenrat am Montag aussprechen.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter erfährt, ist bisher nicht vorgesehen, daß die große politische Aussprache etwa durch längere Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Brüning eingeleitet wird; es ist vielmehr beabsichtigt, daß nur Reichsinnenminister Groener zu Beginn der Sitzung das Wort nimmt, um den Vorschlag der Reichsregierung für die Präsidentenwahl zu begründen. Dr. Brüning hätt sich jedoch zum Eingreifen in die Debatte bereit. Je nach dem Verlauf der Aussprache werden der Reichskanzler oder auch andere Regierungsmitglieder das Wort nehmen.

Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird wieder, wie schon mehrmals, im wesentlichen von der Haltung der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei gegenüber den Mißtrauensanträgen abhängen. Diese Fraktionen werden ihren Entschluß wahrscheinlich wieder bis zum letzten Augenblick zurückhalten. Ihre Fraktionssitzungen sind für Montag und Dienstag anberaumt.

Ein politischer Mord. In Bankau (OS.) wurde vorgestern abend bei Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten der Kommunist Bassy erschossen. Zwischen jungen Leuten, die ihre Arbeitslosenunterstützung geholt hatten, war es gegen 18 Uhr zu Streitigkeiten gekommen, in deren Verlauf ein Nationalsozialist einen Messerstich in die Brust erhielt. Darauf entspann sich zwischen einer größeren Zahl von Nationalsozialisten und Kommunisten ein Kampf. Der Kommunist Bassy flüchtete in seine Wohnung, wo er durch einen von der Straße her abgegebenen Schuß getötet wurde.

Die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl.

Zentrale Geschäftsstelle der Hindenburg-Wahlausschüsse.

Berlin, 17. Februar.

Für die in den einzelnen Ländern und in den preußischen Provinzen schon bestehenden und noch in Bildung befindlichen Hindenburg-Wahlausschüsse ist eine zentrale Geschäftsstelle eingerichtet worden. Sie führt den Namen „Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse" und hat ihre Büroräume in Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 9, Fernsprecher: Jäger A 1, 6776. Für die Zentralstelle wird ein überparteiliches Kuratorium gebildet, dessen Zusammensetzung alsbald bekanntgegeben werden wird.

Aufruf eines neugebildeten Hindenburg-Wahlausschusses für Ostpreußen.

Königsberg/Pr., 18. Februar.

Auch hier hat sich ein Ausschuß gebildet, der die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg betreibt. Der Ausschuß erläßt eine Kundgebung, in der die Bevölkerung Ostpreußens aufgefordert wird, den Befreier ihrer Heimatprovinz zu wählen. Die Kundgebung unterzeichnen u. a. Oberpräsident a. D. Dr. v. Batocki, Generalmajor Kahns als Vertreter der Kriegervereine, die Rektoren von Universität und Handelshochschule, der Leiter der Volkshochschule, der Oberbürgermeister, Stadtverordnetenvorsteher, Handelskammer- und Handwerkskammer-Präsident sowie Vertreterinnen der großen freien Verbände.

Aufruf der deutschen Zentrumspartei.

Berlin, 17. Februar.

Die deutsche Zentrumspartei hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Das deutsche Volk steht vor der Wahl desjenigen, der ihm Hüter der Verfassung, Garant der Ordnung, Symbol seines Einheitswillens sein soll.

Diese hehre und schwere Aufgabe ist heute nur gewährleistet in den Händen einer Persönlichkeit, die über dem trennenden und verhetzenden Kampf parteiischen Geistes steht, die nicht Gefolgsmann und Diener einzelner politischer Gruppen ist, sondern Führer und Repräsentant der Volksgesamtheit.

Mehr als irgendein anderer verkörpert diese Eigenschaften der bisherige Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Im Vertrauen auf die Zustimmung und Unterstützung ungezählter Volksgenossen außerhalb unserer Reihen bekennen wir Mitglieder der deutschen Zentrumspartei uns über alle politischen und konfessionellen Schranken hinweg in staatspolitischem und volklichem Gemeinschaftsgeist zu Hindenburg und proklamieren ihn freudig und entschlossen auch als den Kandidaten unserer Wahl. In gewollter Verneinung alles Trennenden wollen wir den 13. März zu einem Bekenntnistag volksbejahenden Einheitswillens, sammelnden Gemeinschaftsgeistes machen.

An unsere Freunde in Stadt und Land ergeht darum der Ruf, sich der Bedeutung dieser Wahl und der Größe ihrer Verantwortung bewußt zu sein.

Die Stellung des Reichslandbundes.

Berlin, 17. Februar.

Der Reichslandbund veröffentlicht heute ein Schreiben seines geschäftsführenden Präsidenten, Graf v. Kalckreuth, an die Führer der sogenannten nationalen Opposition. In dem Schreiben heißt es, daß der Reichslandbund die Wiederwahl Hindenburgs ablehnen müsse.

Die Vorstandssitzung der Deutschnationalen.

Noch keine Nominierung des Reichspräsidentschaftskandidaten.

Berlin, 17. Februar.

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit: Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat am Mittwoch in Berlin zu der angekündigten Sitzung zusammen.

Dr. Hugenberg berichtete über die durch die Reichspräsidentenwahl geschaffene politische Lage. Dabei wurde auch über die bei der NSDAP. bestehenden Absichten Mitteilung gemacht. In vollständiger Übereinstimmung aller Landesverbände und Vorstandsmitglieder begrüßte der Vorstand die Stellungnahme der Parteiführer gegenüber dem Versuch Brünings, den Reichspräsidenten durch den Reichstag wieder wählen zu lassen, und die Veröffentlichung der Parteileitung, die den Kampf gegen die von der „schwarz-roten Koalition" getragene Kandidatur Hindenburgs ankündigt. Der enge Zusammenhang zwischen Preußenwahlen und der Reichspräsidentenwahl wurde eingehend erörtert und betont, daß der Reichspräsident v. Hindenburg durch die Politik des Reichskanzlers Brüning, die seit Sommer 1931 auf ein Stattfinden der Preußenwahl nach der Reichspräsidentenwahl gerichtet war, in eine für ihn recht peinliche Lage hineinmanövriert wurde, in der er sich zurzeit befindet und in den letzten Wochen befunden hat.

Zum Schluß der Beratungen erklärte der Vorstand einstimmig, daß er alle weiteren Entscheidungen in der Frage der Reichspräsidentenwahl vertrauensvoll in die Hand von Dr. Hugenberg lege. Der Vorstand faßte ferner eine Entschließung in der Memelfrage und zur Aufhebung der die Meinungsfreiheit einschränkenden Notverordnungen, die morgen veröffentlicht werden.

Abstimmung über die Fürstenabfindung im Rechtsausschuß.

Berlin, 17. Februar.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm heute die Abstimmungen über die Neuregelung der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern vor. Nach Ablehnung weitergehender sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge wurde gegen die 6 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Landvolkpartei mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei und der Christlichsozialen sowie der Kommunisten ein sozialdemokratischer Antrag angenommen. Dieser besagt, daß die an ein vormals regierendes Fürstenhaus zu entrichtenden wiederkehrenden Leistungen, wenn sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese zuungunsten des Landes wesentlich verändert haben, in Anwendung der Grundsätze der Notverordnung vom 24. August 1931, also wie die Beamtengehälter, herabgesetzt werden können. Über das Maß der Herabsetzung entscheidet auf Antrag der Landesregierung eine „Reichsschiedsstelle", die beim Reichsinnenministerium zu bilden ist, und von diesem, dem Reichsjustiz- und dem Reichsfinanzministerium durch je ein Mitglied besetzt wird.

Die Reichsschiedsstelle entscheidet nach Anhörung der Parteien nach billigem Ermessen endgültig. Auf der anderen Seite sollen sich, wenn die Leistungen herabgesetzt werden, die unmittelbar der Erfüllung privatrechtlicher Verpflichtungen des Berechtigten zu dienen bestimmt sind, diese in demselben Verhältnis ermäßigen, in dem die entsprechenden Leistungen des Landes herabgesetzt sind. Das Zentrum und die Sozialdemokratie hatten je einen neuen Antrag eingebracht, über die in einer zweiten Lesung am Donnerstag entschieden werden soll.

Der Zentrumsantrag sieht im Staatsrentengesetz einen Zusatz vor, daß die Gläubiger der Kapitalleistungen an die Standesherren die Zahlung der Aufwertungsbeträge nicht vor einem bestimmten Termin, spätestens jedoch zum 1. Januar 1935, verlangen können.

Diese Bestimmung würde sich auf den Fall Bentinck (Oldenburg) beziehen.

Der sozialdemokratische Antrag sieht eine Ergänzung des heute angenommenen Antrags in der Weise vor, daß bereits anhängige Verfahren in dem Zustand, in dem sie sich bei Stellung des Antrages auf Entscheidung durch die Reichsschiedsstelle befinden, an diese übergehen.

Kommunistenverhaftungen in Hamburg. Im Zusammenhang mit den politischen Unruhen in der Nacht zum Dienstag sind sechs Angehörige der KPD. verhaftet worden. Unter den Verhafteten befindet sich ein 27jähriger Arbeiter, der geständig ist, den Schuß auf den Polizeiwachtmeister Klüver abgegeben zu haben.

SLUB
Wir führen Wissen.